

In dieser Ausgabe

- Kopftuchurteil respektiert Grundrechte aller Beteiligten, S. 3
- Steinbrück/Koch-Papier: Subventionen sollen um 15,8 Milliarden Euro gekürzt werden, S. 4

Berlin intern



Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz für den Wahlkreis Dortmund

Herzog-Kommission stellt Bericht vor

Alt-Bundespräsident Prof. Roman Herzog hat am 30.09.2003 der CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel die Vorschläge der CDU-Kommission zur Rettung der sozialen Sicherungssysteme übergeben. Das Gremium befürwortet darin einen deutlichen Umbau des Renten- und Gesundheitssystems sowie der Pflegeversicherung.

So plädiert die Kommission beispielsweise für die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zwischen den Jahren 2011 und 2023. Wer allerdings schon vorher 45 Versicherungsjahre vorweisen kann, soll bereits ab dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei Rente beziehen. Für Bedürftige mit kürzerer Versicherungszeit sieht die Herzog-Kommission eine Basisrente vor, die 15% oberhalb der Sozialhilfe liegen soll.

Tiefgreifende Änderungen empfiehlt die Kommission für die Krankenversicherung. Anstelle der heutigen Krankenkassenbeiträge, die sich nach der Höhe des Arbeitseinkommens richten, sollen künftig einheitliche Prämien in Höhe von rund 200 Euro monatlich treten. Zahnersatz und Zahnbehandlung sollen die Bürger künftig selbst versichern. Dagegen sollen die Beiträge für das Krankengeld allein von den Arbeitgebern getragen werden. Langfristig schlägt die Herzog-Kommission die Umwandlung der Krankenversicherung in ein System fester Prämien vor.

Der vorgelegte Bericht wird in der kommenden Woche im CDU-Bundesvorstand diskutiert und

auf dem Parteitag im Dezember in Leipzig zur Abstimmung vorgelegt.

Mangelnder Reformwille von Rot-Grün

Immer wieder wirft die Bundesregierung der Union Blockadeverhalten vor. Tatsächlich hat die Union aber mehrfach Kooperationsbereitschaft bewiesen, zuletzt bei der Gesundheitsreform. Stattdessen verhält sich die Bundesregierung unkooperativ, da sie die Union nur dort beteiligen möchte, wo es sich um Zustimmungsgesetze handelt. Alle anderen Gesetzesvorhaben sollen an der Union vorbei durch die Gremien gepeitscht werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte beispielsweise die Kleine und die Große Novelle zur Handwerksordnung zusammen behandeln. Wirtschaftsminister Clement kündigte dagegen an, mit der 2./3. Lesung der Großen Handwerksnovelle so lange zu warten, bis die Kleine Handwerksnovelle abgeschlossen ist. So soll ein größerer Verhandlungsspielraum der Union verhindert werden. Hier zeigt sich die mangelnde Ernsthaftigkeit des angeblichen Reformwillens von Rot-Grün.

In der letzten Sitzung des Vermittlungsausschusses konnten wir aber mit eigener Mehrheit den Versuch von Rot-Grün, die

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227-73111
Fax (030) 227-76733
erich.fritz@bundestag.de
www.erich-fritz.de

Kleine Handwerksordnung durchzupeitschen, zunächst aufhalten. Wir haben damit Zeit gewonnen, im

Interesse des Handwerks Druck auf die Bundesregierung auszuüben.

Bundesregierung verhindert jegliche Hoffnung auf eine Konjunkturerholung

Die Konjunktur in Deutschland wird nicht anspringen, wenn die Bundesregierung ein Desaster nach dem anderen zu verantworten hat: Dosenpfand, LKW-Maut, Ausbildungsplatzabgabe, Reform der Kraftfahrzeugsteuer.

Auch die Diskussion um neue Steuererhöhungen, wie die komplette Besteuerung privater Veräußerungsgewinne bei Immobilien und Wertpapieren, eine höhere Erbschaftsteuer und eine Mindestbesteuerung bei Unternehmen, verhindert jegliche Aufbruchstimmung.

Deutschland braucht keine neuen Steuern. Deutschland braucht endlich eine durchdachte und umfassende Steuer- und Abgabenreform für mehr Transparenz und weniger Belastung, die den gesamten Mittelstand und alle Bürger erreicht.

Nur durch einen schlüssigen Wirtschaftskurs kann das Vertrauen der Unternehmer wieder gewonnen werden. Nur wenn Zuversicht in den Betrieben herrscht, werden Investitionen vorgenommen und neue Arbeitsplätze geschaffen.

Rot-Grün trägt Verantwortung für das Maut-Desaster

In einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beantragten Aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema Maut listete die CDU/CSU der Bundesregierung ihre Versäumnisse auf. So kostet jeder Monat Mautverzug den Steuerzahler 156 Millionen Euro. Hinzu kommen Rückforderungsansprüche des Transportgewerbes aus der Euro-Vignette und Mehrkosten beim Bundesamt für Güterverkehr.

Die CDU/CSU hat der rot-grünen Regierung zudem vorgeworfen, die Verantwortung auf

den früheren Verkehrsminister Bodewig abzuschieben. Richtig ist, dass Minister Bodewig den Maut-vertrag verantwortungslos vor der Bundestagswahl 2002 durchgepeitscht hat, um ein Wahlkampfangument zu haben, während Stolpe es nach seiner Amtsübernahme versäumt hat, ein Projekt- und Kontrollmanagement aufzubauen.

Die Union hat zwar Ja zur LKW-Maut gesagt, weil damit eine verursachergerechte Anlastung der Wegekosten möglich ist. Erforderlich ist aber ein störungsfreies System und keine „Flickschusterei“. Zur Zeit verfügen nämlich nur 14% aller mautpflichtigen Fahrzeuge über funktionierende On-Board-Units.

Maut-Ausfälle dürfen die Verkehrsinvestitionen nicht schwächen

Es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass es durch die Maut-Ausfälle weitere Abstriche bei den Investitionen gibt. Von den 2,8 Milliarden Euro Maut-Einnahmen sollten 1,06 Milliarden Euro zusätzlich in den Bundesfernstraßenbau fließen. Das war von der Bundesregierung im Vermittlungsverfahren zugesichert worden. Tatsächlich sieht Stolpes Haushalt gerade einmal eine Mittelerhöhung im Straßenbau von 330 Millionen Euro vor.

Kürzungen bei den Verkehrsinvestitionen infolge des verschleppten Maut-Starts sind für die CDU/CSU nicht hinnehmbar. Investitionskürzungen bedeuten Sparen am falschen Ende und eine weitere Schwächung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Bundestag verabschiedet Gesundheitsreform

Der Bundestag hat am 26.09.2003 mit großer Mehrheit das Gesetz zur Gesundheitsreform beschlossen. Für den Gesundheitskompromiss stimmten 517 Abgeordnete von SPD, Grünen und Union. Die FDP lehnte das Gesetz ab. Mit Nein stimmten insgesamt 54 Abgeordnete, drei enthielten sich der Stimme. Damit hat die rot-grüne Koalition bei der Abstimmung knapp eine eigene Mehrheit erreicht. Sechs Koalitions-Abgeordnete votierten gegen das Reform-

werk. Es gab eine Enthaltung aus dem Koalitionslager.

Die Union hat sich an der Gesetzgebung beteiligt, damit das Gesundheitswesen nicht vor die Wand gefahren wird. Ohne die Reform würden die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung zum Jahresende auf rund 15% steigen. Heute liegen sie im Durchschnitt bei 14,3%.

Künftig werden bestimmte Leistungen in die Eigenverantwortung der Versicherten übertragen. So wird der Zahnersatz ab 2005 allein von den Versicherten mit einem einkommensunabhängigen Beitrag finanziert. Das Krankengeld wird aus der Mitfinanzierung der Arbeitgeber ausgeschlossen. Versicherungsfremde Leistungen werden künftig aus Steuern finanziert, wozu etwa die Tabaksteuer stufenweise erhöht wird.

Zuzahlungsregelungen werden neu gestaltet. Versicherte müssen eine angemessene Beteiligung an ihren Krankheitskosten tragen, wobei Überforderungsregelungen vor unzumutbaren finanziellen Belastungen schützen sollen.

Union setzt auf familienfreundliche Elemente der Gesundheitsreform

Dank des Einsatzes der Union konnte die Gesundheitsreform familien- und frauenfreundlich ausgestaltet werden. Wir konnten in den Verhandlungen erreichen, dass

1. bei der Zuzahlung Freibeträge für Kinder und nicht erwerbstätige Ehegatten berücksichtigt werden,
2. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr grundsätzlich von Zuzahlungen befreit bleiben,
3. die Familienmitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten bleibt.

Wir werden auch in Zukunft für familien- und frauenfreundliche Reformen kämpfen. Familien und Frauen dürfen nicht die Verlierer bei den anstehenden Reformen im Bereich Rente und Arbeitsmarkt werden.

Kopftuchurteil respektiert Grundrechte aller Beteiligten

Die CDU/CSU begrüßt, dass das Tragen von Kopftüchern in Schulen verboten werden kann. Dass dafür eine gesetzliche Grundlage erforderlich ist, ist angesichts der Bedeutung der betroffenen Grundrechte angemessen.

Bei der Diskussion um das Kopftuchverbot ist zu berücksichtigen, dass Lehrer eine besondere Vorbildfunktion haben. Die persönliche Religionsausübung, die die Union nicht in Frage stellt, darf nicht beeinflussend sein. Dies muss vor allem in staatlichen Schulen gelten. Der Staat und damit die Lehrer haben keine religiöse Vorbildfunktion, sie kommt allein den Eltern zu. Wenn das Kreuz an der Wand auf Verlangen entfernt werden muss, ist es nicht konsequent, die Religionsausübung, die mit der persönlichen Autorität der Lehrer verknüpft ist, zu erlauben. Kinder sind besonders schutzbedürftig. Sie sind überfordert, sich mit der religiösen Überzeugung mit der sie konfrontiert sind, auseinander zu setzen.

Einheitliches Rücknahmesystem beim Zwangspfand gescheitert

Das von Bundesumweltminister Trittin zugesagte bundeseinheitliche Rücknahmesystem beim Zwangspfand zum 1. Oktober ist gescheitert. Stattdessen wird es eine Vielzahl unterschiedlicher Systeme geben. So setzt zum Beispiel die Firma Vfw AG auf ein pfandmarken-gestütztes Rücknahmesystem. Bundesumweltminister Trittin kann somit seine Zusage für ein einfaches und übersichtliches Rücknahmesystem nicht einhalten.

Trittins Lösungen sind etwas Neuartiges, die so in der Töpferschen Verordnung nicht vorgesehen waren. Damit ist Trittins Behauptung, er setze lediglich eine Verordnung der Union um, nicht länger aufrecht zu erhalten.

Inzwischen hat die Firma Lekkerland-Tobaccoland dem Bundesumweltminister Wortbruch vorgeworfen und Beschwerde beim Bundeskartellamt eingereicht. Das Durcheinander beim Zwangspfand der letzten Wochen und Monate wird weitergehen, die so dringend

benötigte Planungs- und Rechtssicherheit wird es nicht geben.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert den Bundesumweltminister auf, das Zwangspfand auszusetzen und zunächst die Auswirkungen und Effekte des Zwangspfands zu überprüfen. Anhand der Ergebnisse muss eine ökologisch und ökonomisch vernünftige Lösung gefunden werden.

WTO-Scheitern schadet Deutschland

Das Scheitern der 5. WTO-Ministerkonferenz ist umso bedauerlicher, als damit die Chance verpasst wurde, der globalen Wirtschaft ihre dringend benötigten Impulse zu geben. Verlierer sind damit vor allem die Menschen in den Industrie- wie auch in den Entwicklungsländern. Gerade für Deutschland hätte von Cancun ein Impuls für Wachstum und Beschäftigung ausgehen können.

Bilaterale und regionale Handelsabkommen dürfen nun keine Alternative sein. Dies würde zu einer Schwächung des multilateralen Handelssystems führen und vor allem den Entwicklungsländern schaden.

Cancun ist gescheitert, ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde aber noch möglich. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung daher auf, konsequent für die schnellstmögliche Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen einzutreten und sich aktiv in die Beratungen der EU einzubringen. Insbesondere bei den jetzt stattfindenden Fachgesprächen muss Deutschland intensiv mitwirken. Deutschland hat hier als zweitgrößte Exportnation der Welt eine besondere Verantwortung und Verpflichtung.

Nur durch einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde kann die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft verbessert werden, können neue Exportchancen für Industrie- und Entwicklungsländer entstehen und Wachstum und Beschäftigung weltweit erhöht werden.

Subventionen sollen um 15,8 Milliarden Euro gekürzt werden

Die Subventionen in Deutschland sollen nach dem Vorschlag der Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Hessen, Peer Steinbrück (SPD) und Roland Koch (CDU), in den kommenden drei Jahren um 12% zurückgefahren werden. Das 115 Seiten umfassende Kürzungsprogramm unter dem Titel „Subventionsabbau im Konsens“ sieht für Bund, Länder und Gemeinden ein Gesamteinsparvolumen von 15,8 Milliarden Euro im Zeitraum 2004 bis 2006 vor. Zu den Vorschlägen gehören etwa der Abbau von Pendlerpauschale und Eigenheimzulage, während alles, was dem Mittelstand oder der Qualifizierung, Ausbildung und Wissenschaftsförderung dient, nicht als Subvention definiert wurde.

Angela Merkel mit 93,72 % im Amt bestätigt

Die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frau Dr. Angela Merkel, wurde bei der turnusmäßigen Wahl des Vorstandes von der Fraktion bestätigt. Von 223 gültigen Stimmen (vier Enthaltungen) entfielen 209 auf Ja, 14 auf Nein. Das entspricht einem Wahlergebnis von 93,72%. Bei der Übernahme des Amtes vor einem Jahr hatte sie 92,2% erzielt.

NRW-CDU hat erstmals mehr Mitglieder als die NRW-SPD

Die CDU hat erstmals in der nordrhein-westfälischen Geschichte mehr Parteimitglieder als die SPD. Während die NRW-SPD zu Jahresbeginn noch 195 000 Mitglieder zählte, schrumpfte die Zahl im August 2003 auf 184 881. Dagegen haben die Christdemokraten zurzeit 185 530 aktive Anhänger in ihren Reihen. Wie dramatisch der Schwund bei der SPD in ihrem einstigen Stammland ist, verdeutlicht ein Blick auf die letzten 13 Jahre: 1990 gab es in NRW noch 289 000 Genossen, 1998 immerhin noch 225 000.

Redaktionsschluss: 30.09.2003